1 Ursachen von Migration

Jürgen Scheffran

Kriegs- und Umweltflüchtlinge

1. Einleitung

Die Asyl- und Flüchtlingsproblematik wird häufig nur auf der Ebene der Folgen und Auswirkungen für die Aufnahmeländer diskutiert, während die Ursachen von Flüchtlingsbewegungen in den Herkunftsländern meist vernachlässigt werden. Oftmals sind die Beweggründe für Flucht auf menschenunwürdige Lebensbedingungen zurückzuführen, die teilweise das Ergebnis einer verfehlten Politik auch der Aufnahmeländer sind. Die nördlichen Industrieländer tragen eine erhebliche Mitverantwortung für die Verschlechterung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen in der Dritten Welt, die eine wesentliche Triebkraft für Flüchtlingsbewegungen ist.

Es existieren vielfältige, sich oftmals wechselseitig verstärkende Verknüpfungen zwischen Unterentwicklung und Verelendung, Unterdrückung und Verfolgung, Umweltzerstörung und Ressourcenverknappung, Kriegen und Konflikten, die Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen (Ursachengeflecht der Migration). Im Einzelfall kann es sehr schwierig sein, die verschiedenen Fluchtmotive voneinander zu unterscheiden und die Verknüpfung von Ursache und Wirkung zu erkennen. Im folgenden soll im Ursachengeflecht der Migration die Verknüpfung von Umweltzerstörung, gewaltsamen Konflikten und Flucht diskutiert werden. Es bestehen starke Rückkopplungen, etwa wenn sowohl Umweltzerstörung und Krieg Ursache als auch Folge von Flucht sein können oder Umweltzerstörung zu bewaffneten Konflikten führt, in deren Folge Menschen ihre Heimat verlassen.

2. Migration und Flucht – ein globales Problem

Flüchtlinge sind aus verschiedenen Gründen gezwungen, ihr Heimatland zu verlassen, was meist mit großen Opfern und Risiken verbunden ist. Es kann unterschieden werden zwischen Sog- und Schubfaktoren der Migration sowie zwischen freiwilligen und unfreiwilligen Wanderungsmotiven, die jedoch oft kaum zu trennen sind. Schlechte Lebensbedingungen oder gar Lebensgefahr stellen einen Schubfaktor dar, der höhere Lebensstandard in den Zielländern von Migrationen einen Sogfaktor. Die materielle Not kann so groß sein, daß sie einen Zwang erzeugt und „Wirtschaftsflucht“ zur „Elendsflucht“ wird. In vielen Regionen der Erde, besonders in den Entwicklungsländern, liegen die Lebensbedingungen unter dem Existenzminimum, so daß dort lebende Menschen oft keine andere Wahl haben, als ihr Land zu verlassen. Politische Verfolgung, Krieg und Umweltzerstörung tun ein übriges, das Überleben von Individuen oder sozialen Gruppen in Frage zu stellen. Nur ein kleiner Teil aller Flüchtlinge, nämlich die (grenzüberschreitenden) politischen Flüchtlinge, genießt aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 eine international anerkannte Schutzwürdigkeit.

Die Zahl von Migranten und Flüchtlingen nimmt weltweit zu. Anfang der 80er Jahre gab es weltweit ca. 80–100 Millionen grenzüberschreitende Migranten, davon ca. 60 Millionen permanente Aussiedler, 20 Millionen zeitweilige Kontraktarbeiter und 12–15 Millionen (international anerkannte) Flüchtlinge (Wöhlcke 1993, S. 20). Im Verlauf der 80er Jahre hat sich die Flüchtlingsproblematik dramatisch verschärft, und in vielen Staaten ist sie zu einem wichtigen innenpolitischen Thema geworden. Die Schätzung der derzeitigen Flüchtlingszahlen ist mit großen Unsicherheiten behaftet. Experten des Internationalen Roten Kreuzes und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) beziffern die Gesamtzahl der Flüchtlinge in der Welt auf ca. 500 Millionen (Opitz 1993). Auf etwa 100 Millionen Arbeitsmigranten belaufen sich die Schätzungen der International Labour Organization (ILO), während die Statistiken des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) und die des UN Committee for Refugees 1991 ca. 15 Millionen politische Flüchtlinge führten (nicht eingeschlossen waren dabei rund 2,2 Millionen Palästinaflüchtlinge).

Das Flüchtlingsproblem hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg aus Europa in die Dritte Welt verlagert; hinzu kommt seit den 90er Jahren wieder eine innereuropäische Ost-West-Wanderung. Weltweit kommen die weitaus meisten Flüchtlinge aus den Entwicklungsländern und bleiben in den jeweiligen Regionen, wo sie die Entwicklungsprobleme weiter verschärfen. In den 80er Jahren wuchs die offizielle Zahl der Flüchtlinge (nach den Kriterien des UNHCR) in Asien von 4,2 auf 6,8 Millionen (1989), in Afrika um 900 000 auf 4,6 Millionen und in Lateinamerika um 1 auf 1,2 Millionen, in Europa dagegen nur um 0,2% auf insgesamt knapp 830 000 (Globale Trends 1991). Erst ein Zehntel der neuen Völkerwanderungen im Süden hat bislang den Norden erreicht. In Westeuropa und Nordamerika wird zwar am lautesten über die „Fluten aus dem Süden“ geklagt, aber die größten Aufnahmeländer sind teilweise sehr arme Entwicklungsländer.

3. Kriege und gewaltsame Konflikte als Ursache für Migration

Gewaltsame Konflikte, besonders Kriege, kosteten in der Geschichte nicht nur zahllosen Menschen das Leben, sondern waren immer auch Auslöser großer Flüchtlingsströme. Im Ersten Weltkrieg kamen bei 14 kriegführenden Staaten 12–16 Millionen Menschen ums Leben. In der folgenden territorialen Neuordnung kam es zur Vertreibung und gewaltsamen Umsiedlung von Millionen Menschen. Im Zweiten Weltkrieg, in den 40 Staaten verwickelt waren, gab es 30–35 Millionen Todesopfer zu beklagen. Schon vor Ausbruch des Krieges waren durch Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen über 30 Millionen Menschen betroffen (Opitz 1993). Weitere Flüchtlingsströme riesigen Ausmaßes löste schließlich die Niederlage Deutschlands und Japans aus. Es flüchteten 21 Millionen Menschen, die Hälfte wurde deportiert, um Zwangsarbeit durchzuführen. Allein 8 Millionen Deutsche verließen die Ostgebiete auf der Flucht vor den sowjetischen Truppen. Zwischen 1945 und 1961 fanden weitere 3,7 Millionen Ostdeutsche Asyl in Westdeutschland.

Bedingt durch den Ost-West-Gegensatz im Kalten Krieg und das kommunistische Herrschaftssystem verließen viele Menschen fluchtartig Osteuropa. Durch die globale Dimension dieses Kon-

flikts weitete sich die Flüchtlingsproblematik auch auf andere Teile der Welt aus (Korea, Indochina, Afghanistan, Afrika, Lateinamerika) und führte zu Flüchtlingsbewegungen von Millionen Menschen. Seit Beginn des Umbruchprozesses in der früheren Sowjetunion Mitte der achtziger Jahre wurden bewaffnete Konflikte zwischen den großen militärischen Machtblöcken (interimperiale Konflikte) zunehmend unwahrscheinlicher. Die positiven Auswirkungen dieser Entspannung sind insbesondere bei den Regionalkonflikten in der Dritten Welt zu spüren: im südlichen Afrika, in Afghanistan, in Kambodscha, aber auch in Zentralamerika.

Dagegen nahmen, bedingt durch den Zerfall der Sowjetunion, die innerimperialen Konflikte zu. Machtkämpfe und ethnische Konflikte innerhalb einiger der neuen Vielvölkerstaaten können zu einer Destabilisierung führen, die Fluchtbewegungen innerhalb der neuen Staatengemeinschaft, aber auch über ihre Grenzen hinaus in Gang setzen. Ein Beispiel ist die deutschstämmige Minderheit, die teilweise nach Deutschland auswandern will. Erheblich stabiler scheint die Lage Chinas, wo erst bei einer schweren Krise des kommunistischen Systems und eines ausbrechenden Bürgerkriegs Flüchtlings- und Auswanderungsströme großen Ausmaßes zu erwarten wären. In Südosteuropa brechen nach Fortfall der sowjetischen Kontrolle und angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Nationalitätenkonflikte neu auf. Eine neue Qualität erreichte der Balkankrieg als Folge des Zerfalls Jugoslawiens, der ganze Volksgruppen zu Flüchtlingen machte.

Wenig hoffnungsvoll gestaltet sich nach Wegfall des einst dominierenden Ost-West-Konflikts auch die Situation in vielen Regionen der Dritten Welt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben weltweit über 150 Kriege stattgefunden, in die etwa 60 Staaten verwickelt waren und die ca. 20 Millionen Todesopfer forderten. Alle diese Kriege fanden in den Entwicklungsländern statt. Die Zahl gewaltsamer Konflikte und damit verbundener Flüchtlingszahlen nimmt weiter zu. In diesem Jahr ist mit mehr als 50 gewalttätigen Konflikten zu rechnen.

In den wenigsten Fällen handelt es sich dabei um nach außen gerichtete Territorialkonflikte, die bislang nur selten größere Flüchtlingsbewegungen auslösten. Dies gilt etwa für die indisch-chinesischen Auseinandersetzungen um umstrittene Himalaja-Gebiete; für den iranisch-irakischen Grenzkonflikt und wohl auch für den

Streit zwischen dem Tschad und Libyen. Es galt auch lange für den seit 1947 andauernden indisch-pakistanischen Streit um Kaschmir. Auf ca. 250 000 Menschen wird die Zahl der Hindus geschätzt, die inzwischen aus Angst vor Terror in die Nachbarregionen geflohen sind. Die Teilung des indischen Subkontinents führte zur Wanderung von 18 Millionen Menschen. Weitere Beispiele sind der Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha nach 1975 sowie zwischen Äthiopien und Somalia um den Ogaden in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, der gewaltige Flüchtlingsbewegungen zur Folge hatte. Schließlich darf die Annexion Kuwaits durch den Irak nicht vergessen werden, in deren Folge zunächst ca. 200 000 Kuwaitis und über 700 000 arabische und asiatische Gastarbeiter in Kuwait und im Irak und schließlich noch 1,5 Millionen irakischer Kurden und Schiiten zu Flüchtlingen wurden (Opitz 1993). Nach Kriegsende wurden Tausende von in Kuwait ansässigen Palästinensern ausgewiesen.

Eine düstere Perspektive ergibt sich hinsichtlich der innerstaatlichen Konflikte in vielen Entwicklungsländern. Die politische Instabilität einiger Staaten drückt sich in der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen herrschenden Eliten und separatistischen Bewegungen aus, die die Gründung eines eigenen Staates anstreben (Beispiele sind die Kurden, Palästinenser, Tibeter, Sikhs und Tamilen). Der Widerstand und die an diesem sich entzündenden Bürgerkriege sind dann wiederum Auslöser großer Fluchtbewegungen. Zu den Beispielen aus jüngster Vergangenheit gehören Moçambique, aus dem mehr als eine Million Menschen aus Angst vor der Rebellenorganisation Renamo nach Malawi, Swasiland, Simbabwe und Südafrika geflohen sind, und Somalia, von wo sich vor dem eskalierenden Bürgerkrieg seit Dezember 1990 ca. 240 000 Menschen allein nach Äthiopien in Sicherheit brachten (Opitz 1993). Erheblich verschärft werden diese Migrationen durch die Umweltzerstörung und das anhaltende Bevölkerungswachstum.

4. Umweltzerstörung als Fluchtursache

Als Folge der fortschreitenden globalen Umweltzerstörung und des rasanten Bevölkerungswachstums verschlechtern sich die Lebensbedingungen in vielen Regionen der Erde. Eine wachsende

Zahl von Menschen kann nicht mehr ausreichend versorgt werden und ist gezwungen, unwirtlich gewordene Gebiete zu verlassen. Als „Umweltflüchtlinge“ definierte eine Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) jene Menschen, „die gezwungen wurden, ihre traditionelle Umgebung vorübergehend oder dauerhaft zu verlassen, da Umweltschäden (natürliche und/oder durch Menschen verursachte) ihre Existenz in Gefahr brachten und/oder ihre Lebensqualität schwerwiegend beeinträchtigen“ (Opitz 1993). Dabei kann es sich um zeitweilige (z. B. bei Überschwemmungen) oder dauerhafte (z. B. bei Desertifikation) Abwanderungen handeln. Umweltflüchtlinge fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des UNHCR, sondern des United Nations Disaster Relief Co-ordinator's Office (UNDRO). Die Zahl der Umweltflüchtlinge übertrifft diejenige der international anerkannten politischen Flüchtlinge um ein Vielfaches; die Angaben schwanken zwischen 50 und 500 Millionen, je nach den zugrundegelegten Kategorien.

Schon der 1980 erschienene Bericht ›Global 2000‹ hat auf die destabilisierenden Auswirkungen von Umweltzerstörung und Bevölkerungsvermehrung hingewiesen: „Falls sich die gegenwärtigen Tendenzen fortsetzen, wird die Welt im Jahre 2000 stärker bevölkert, stärker verschmutzt, ökologisch weniger stabil und störungsanfälliger sein als die heutige Welt.“ In den nächsten 50 Jahren wird die Weltbevölkerung wahrscheinlich die Grenze von neun Milliarden überschreiten, wovon mehr als zwei Drittel in Armut leben. Die Produktion der Weltwirtschaft könnte sich verfünffachen, die Verknappung erneuerbarer Ressourcen dramatisch verschärfen, die Gesamtfläche der fruchtbaren Ackerböden wird ebenso zurückgehen wie die Ausdehnung der Wälder und die Zahl der darin lebenden Arten. Zukünftige Generationen werden die Erfahrung machen, daß Grundwasseradern, Flüsse und andere Gewässer sich erschöpfen und austrocknen, daß Fischbestände zurückgehen, daß das Ozon in der Stratosphäre weiter schwindet und vielleicht auch, daß das Klima sich deutlich verändert. Einige Ursachen von Umweltflucht werden im folgenden weiter beleuchtet (die Angaben basieren weitgehend auf Wöhlcke 1993).

4.1 Naturkatastrophen

Zu den „klassischen“ Naturkatastrophen ohne menschliche Einwirkungen gehören Vulkanausbrüche, Erdbeben, Wirbelstürme, Orkane, lange Dürreperioden, Erdrutsche, Lawinen, Überschwemmungen sowie großflächige Waldbrände. Beim Blick in die Statistik fällt auf, daß die Zahl der Naturkatastrophen tendenziell ansteigt, immer mehr Menschen zu Opfern von Naturkatastrophen werden und die durch Naturkatastrophen verursachten volkswirtschaftlichen Schäden zunehmen (von jährlich 5,8 Mrd. DM in den 70er auf 18 Mrd. DM in den 80er Jahren).

In der Regel ist die Zahl der Todesopfer von Naturkatastrophen um ein Vielfaches geringer als die Zahl der obdachlos gewordenen Personen, die ihre Heimat zum Teil als Umweltflüchtlinge verlassen müssen. Das armenische Erdbeben von 1988 kostete zum Beispiel 25 000 Menschen das Leben, machte aber 500 000 obdachlos; 36 000 Menschen starben beim iranischen Erdbeben von 1990, aber ebenfalls 500 000 wurden obdachlos. Nach dem Abklingen der Naturkatastrophen können die Menschen zumeist nach kurzer Zeit in ihre alten Wohngebiete zurückkehren. Lag die Zahl der durch klassische Naturkatastrophen betroffenen Umweltflüchtlinge bislang noch vergleichsweise niedrig, so dürfte der wachsende Bevölkerungsdruck in gefährdeten Regionen zu einem deutlichen Anstieg führen.

4.2 Katastrophen durch menschliche Eingriffe in die Natur

Viele Naturkatastrophen werden durch die Aktivitäten von Menschen verursacht bzw. mitverursacht, wobei die anthropogene Komponente nicht immer genau zu quantifizieren ist. Es ist jedoch offensichtlich, daß sie sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verstärkt hat.

a) Die weitaus größte Zahl der Umweltflüchtlinge entsteht zur Zeit aufgrund der dauerhaften Zerstörung von Acker- und Weideland als Folge einer fehlerhaften bzw. übermäßigen Landnutzung, Störungen des Wasserhaushalts und Verschiebungen der natürlichen Vegetationszonen als Folge der Klimaänderung. Zwischen 1882 und 1992 verringerte sich die weltweite Nutzlandreserve von

18 auf 2,2 Millionen km². Nach Angaben des United Nations Environment Program sind weltweit 60% des Ackerlandes, 80% des Weidelandes und 30% des künstlich bewässerten Nutzlandes von der Erosion betroffen. Die Wüsten und wüstenähnlichen Gebiete der Erde haben sich in den letzten 100 Jahren dramatisch vergrößert und machten zu Beginn der 80er Jahre rund ein Drittel der festen Erdoberfläche aus. Mehr als 850 Millionen Menschen leben in diesen Gebieten, und rund 135 Millionen Menschen sind in jenen Regionen ansässig, in denen sich eine Wüstenbildung vollzieht. Ein ernstes Problem ergibt sich aus der Tatsache, daß sich die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf der Bevölkerung verringert.

b) Eine steigende Zahl von Umweltflüchtlingen entsteht auch durch eine Häufung schwerer Überschwemmungen, die verursacht werden durch die wachsende ökologische Degradierung der Böden, fehlerhafte Eingriffe in die Wasserwirtschaft und die Zunahme von Orkanen und großen Niederschlagsmengen, teilweise als Folge der anthropogenen Klimaänderung. So dürfte die Flutkatastrophe im Sudan im Jahr 1988, die 1,5 Millionen Menschen obdachlos machte, auf die z. T. menschenbedingte Austrocknung des Nil-Hochlandes zurückzuführen sein. Eine der Hauptursachen für die sich häufenden Springfluten und Erdbeben in Asien ist die Abholzung von jährlich etwa 5 Millionen Hektar Wald, in deren Folge jährlich 15 Mrd. Tonnen fruchtbarer Erde mit den Flüssen weggeschwemmt werden. Allein im Jahr 1990 kam es zu einer Reihe von Überschwemmungen durch schwere Sturm- und Unwetterkatastrophen (Wöhlecke 1993, S. 56): im Mai im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh (400 000 Menschen evakuiert); im Juni im Süden Chinas (ca. 20 Mio. Menschen betroffen); im Juli in Vietnam, Bangladesh und weiten Teilen Indiens (eine halbe Mio. Obdachlose in Bangladesh); im August im Osten Chinas (40 000 obdachlos, 650 000 evakuiert); im September in Südkorea (82 000 obdachlos, 300 000 evakuiert); im Oktober in Thailand (420 000 evakuiert); im November auf den Philippinen (320 000 obdachlos). Die jüngsten Wirbelstürme in Florida und die Überschwemmungskatastrophe im Mittleren Westen der USA zeigen, daß auch westliche Industrienationen massiv betroffen sein können. Nicht unerwähnt bleiben sollen die unmittelbaren Verwüstungen durch Wirbelstürme und Hagelschläge sowie die durch Menschen verursachten Lawinenabgänge und Erdbeben. Langfri-

stig dürften die größten Probleme durch die prognostizierte Erhöhung des Meeresspiegels als Folge des anthropogenen Treibhauseffekts entstehen. Eine Erhöhung des Meeresspiegels um ein bis zwei Meter hätte verheerende Konsequenzen für viele Küstengebiete, Flußdeltas und Inseln. Es gibt Schätzungen, wonach 300 Millionen Menschen von dieser Entwicklung betroffen wären. Bei einem lokalen Anstieg um mehr als 3 Meter bis zum Jahr 2100 könnte mehr als ein Viertel der Bevölkerung Bangladeshs zu Umweltflüchtlingen werden.

c) Nicht vergessen werden darf die großflächige Abholzung oder Niederbrennung der tropischen und subtropischen Wälder. Führt die wirtschaftliche Nutzung der Wälder und der gerodeten Flächen zunächst zu einem lokalen Bevölkerungszuwachs, so müssen die dort lebenden Menschen nach Abschluß der Raubbauphase die unproduktiven Gebiete als Umweltflüchtlinge wieder verlassen.

4.3 Andere Arten der Umweltschädigung

Umweltflüchtlinge entstehen nicht nur als Folge von Naturkatastrophen, seien diese durch menschliche Aktivitäten (mit)verursacht oder nicht. Auch andere Arten der Umweltschädigung können zum Teil dramatische Konsequenzen für die jeweils betroffene Bevölkerung haben.

a) *Zerstörungen durch militärische Aktivitäten:* An erster Stelle sind hierbei die Schäden durch unmittelbare Waffeneinwirkung zu erwähnen: die Zerstörung von Städten, Infrastruktureinrichtungen und ausgedehnten Landflächen durch Beschuß bzw. Bombardement mit konventionellen, chemischen oder nuklearen Waffensystemen. Dabei kann es zu katastrophalen ökologischen Folgeschäden kommen, insbesondere bei Zerstörung von kerntechnischen Einrichtungen, Staudämmen und chemischen Anlagen. Beispiele für eine bewußte Umweltkriegsführung sind die Entlaubung von Wäldern durch das US-Militär im Vietnam-Krieg und die Entzündung der kuwaitischen Ölfelder sowie die Einleitung von Rohöl in den Persischen Golf durch den Irak im Golfkrieg von 1991. Die Zahl der Umweltflüchtlinge als Folge von kriegerischen Aktivitäten ist schwer zu schätzen, dürfte jedoch bei Dutzenden von Millionen seit 1945 liegen. Auch in Friedenszeiten schädigen militärische Ak-

tivitäten die Umwelt, insbesondere durch den großen Ressourcen- und Landschaftsverbrauch von militärischen Anlagen und Aktivitäten, die Biotopzerstörung in militärischen Übungsgebieten sowie die atomare, biologische oder chemische Verseuchung als Folge von Testreihen oder von Unfällen in militärischen Einrichtungen.

b) *Umweltverschmutzung und -vergiftung, Unfälle*: Die Industrialisierung hat weltweit zu einer Verschmutzung und Vergiftung der Luft, des Regens, der Gewässer, des Grundwassers und des Bodens geführt, die teils katastrophenartig in Erscheinung tritt, teils langfristig Wirkung zeigt. In extremen Fällen müssen Anwohner aus geschädigten Gebieten flüchten. Hierzu gehören v. a. die Chemiekatastrophe von Bhopal (1984) mit 2500 Todesopfern und 200 000 Umweltflüchtlingen und das Reaktorunglück von Tschernobyl (1986) mit 28 (offiziell genannten) Todesopfern als unmittelbare Folge des Unglücks, einer unübersehbaren Zahl von späteren Todesopfern, mehr als 100 000 Umweltflüchtlingen und 2500 Quadratkilometern dauerhaft verseuchten Landes. Mit fortschreitender Nutzung riskanter Großtechnologien können ähnliche Unfälle mit Umweltflüchtlingen nicht ausgeschlossen werden.

c) *Verdrängungsprozesse durch Industrialisierung*: Großräumig betriebene Industrialisierung (z. B. Tagebergbau, Bau von Staudämmen, Kraftwerken, Flughäfen, militärischen Anlagen) kann zur Verdrängung und Entwurzelung vieler Menschen führen. So mußten etwa 120 000 Ägypter und Sudanesen ihre traditionellen Siedlungsgebiete infolge des Baus des Assuan-Staudammes räumen. 90 000 Pakistanis wurden aufgrund des Nanela-Dammes evakuiert, und etwa 250 000 Menschen in Indien droht die Umsiedlung bei der Inbetriebnahme des Narmada-Staudammes. Wie viele Menschen bei der Errichtung eines ganzen Netzes von Staudämmen in Südanatolien – beim Stau des Euphrat und des Tigris – in Mitleidenschaft gezogen werden, läßt sich derzeit noch nicht absehen.

d) *Austrocknung von Seen*: Der Aralsee, eines der größten Binnenmeere der Erde, ist von der vollständigen Austrocknung bedroht. Schätzungen zufolge werden sich mehrere Millionen Menschen auf die Suche nach neuen Siedlungsgebieten machen müssen.

4.4 Ressourcenverknappung

In vielen Fällen führt Mangel an Ressourcen zu einer Verminderung der Lebensqualität, ohne daß Menschen die betreffende Region verlassen. Erst bei einer akuten Gefährdung der Lebensbasis führt Ressourcenverknappung zur massenhaften Umweltflucht. Eine Verknappung industriell verwertbarer Rohstoffe (z. B. Erdöl, chemische Substanzen) in bestimmten Regionen kann dazu führen, daß Arbeitskräfte freigesetzt werden oder die Bevölkerung ihre wirtschaftliche Basis verliert und abwandert. Dies trifft besonders hart solche Entwicklungsländer, die von der Verwertung eines bestimmten Rohstoffs stark abhängen.

Ein wachsendes Konfliktpotential ist in vielen Regionen der Erde die drohende Wasserknappheit aufgrund steigenden Bedarfs, fehlerhafter Nutzung, Senkung des Grundwasserspiegels und Klimaänderungen als Resultat von Abholzungen. Mehrere Länder liegen bereits heute deutlich unter dem kritischen Grenzwert für die verfügbare Wassermenge von 2000 Kubikmetern pro Kopf und Jahr. Der steigende Wasserbedarf der Industrie und der privaten Haushalte setzt der Ausdehnung der bewässerten Landwirtschaft Grenzen, was ernste Konsequenzen für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln hat. Dies gilt zum Beispiel für den Reisbau in Indien, Pakistan, Bangladesch, Thailand, Vietnam und Indonesien. Zu einer weiteren Verknappung in der Nahrungsmittelversorgung führt der erosionsbedingte Verlust an nutzbarer Anbaufläche bei gleichzeitigem Bevölkerungsanstieg. Der Wettbewerb um Land und natürliche Ressourcen zwingt immer mehr Menschen dazu, in Randzonen zu leben, in denen sie stärker den Naturgewalten ausgesetzt sind (z. B. im Deltagebiet des Ganges).

Bei den lebenden Ressourcen, d. h. für den Menschen nutzbaren Pflanzen und Tieren, wird durch übermäßige Nutzung die Regenerationsfähigkeit der Natur mißachtet. Beispiele sind Abholzungen ohne Rücksicht auf nachwachsende Holzbestände, Überjagung von Wildbeständen, Überfischung der Binnen- und Küstengewässer, Überweidung von ökologisch instabilen Regionen sowie Degradierung des Acker- und Weidelandes durch unangemessene landwirtschaftliche Methoden. Genannt werden muß auch die indirekte Schädigung der lebenden Ressourcen durch toxische Emissionen (z. B. das Waldsterben).

5. Umweltzerstörung als Ursache bewaffneter Konflikte

Je ernster die genannten Umwelt- und Ressourcenprobleme werden, um so leichter könnten sie Bürgerkriege und internationale Auseinandersetzungen auslösen oder beschleunigen, wodurch in synergistischer Weise Menschen zur Flucht gezwungen werden. Ob es sich um Umwelt- oder Kriegsflüchtlinge handelt, läßt sich dann immer weniger ausmachen. Die Knappheit an erneuerbaren Ressourcen trägt bereits heute in vielen Entwicklungsländern zu bewaffneten Konflikten bei. In den kommenden Jahrzehnten könnte sich diese Entwicklung verschärfen (siehe hierzu Homer-Dixon 1993; Bächler u. a. 1993). Besonders betroffen wären die ärmeren Länder, in denen die Verknappung von Wasser, Wäldern und vor allem fruchtbarem Land in Verbindung mit einer rapide wachsenden Bevölkerung schon heute großes Elend bedeutet. Deutliches Zeichen ist die Zunahme der ländlichen Armut und die Abwanderung in die Städte als Folge des Ressourcenmangels, wodurch sich das Konfliktpotential in den Metropolen erhöht. Letztlich kann die akute Verknappung natürlicher Ressourcen das Ansehen einer Regierung so untergraben, daß ein gewaltsamer Umsturz oder Krieg die Folge ist. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen.

1. Afrika: Die Zahl der Flüchtlinge in Afrika hat sich zwischen 1970 und 1990 vervierfacht. Zu den für 1990 offiziell geschätzten fünf Millionen müssen 3 Millionen Binnenflüchtlinge in Moçambique und eine unbekannte Zahl von „entwurzelten Personen“ in anderen Kriegsgebieten (in Äthiopien, Somalia, Sudan, Angola, Liberia) gezählt werden sowie eine unbekannte Zahl von Umweltflüchtlingen. Allein aus Äthiopien sind seit 1980 schätzungsweise 5 Millionen Menschen geflohen, wovon viele – wenn nicht sogar die meisten – Umweltflüchtlinge waren.

Die größten Verluste an Acker- und Weideland erfolgen in der Sahelzone, in der die Desertifikation voranschreitet. In den letzten beiden Jahrzehnten wurde die Sahelzone von zwei großen Dürreperioden heimgesucht. Bei der ersten zwischen 1968 und 1973 kamen zwischen 100 000 und 250 000 Menschen um. Millionen zogen nach Süden und Westen in die afrikanischen Küstenländer. In der zweiten Dürreperiode ab Anfang 1984 drohten mehr als 150 Millionen Menschen zu verhungern. Im März 1985 hatten bereits

10 Millionen Menschen ihre Wohngebiete auf der Suche nach Nahrung verlassen. Der Sudan, der selber unter Massenelend, Umweltzerstörung und Bürgerkrieg leidet, nahm über eine Million Flüchtlinge aus Äthiopien, Uganda und dem Tschad auf. Die Bevölkerung der Elfenbeinküste (rund 10 Millionen) besteht zu einem Fünftel aus Flüchtlingen aus der Sahelzone, die maßgeblich zu der Waldzerstörung in ihrem Gastland beitragen, um neue landwirtschaftliche Flächen zu gewinnen. Es ist zu befürchten, daß diese Zahlen von Umweltflüchtlingen in Zukunft noch bei weitem übertroffen werden.

Das Konfliktpotential ist heute bereits erkennbar. Ein Beispiel ist die Vertreibung von 60 000 Menschen aus Mauretanien und dem Senegal zwischen April und August 1989, die auf den ersten Blick wie ein ethnischer Konflikt aussieht. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß die Übernutzung und die nachfolgende Verödung der Böden im ehemals fruchtbaren Tal des Senegal-Flusses sowie eine fehlerhafte Entwicklungspolitik zu jener explosiven Situation führten, die heute das Verhältnis zwischen den Volksgruppen belastet. Auch am Horn von Afrika (insbesondere in Somalia) gab es eine Kombination verschiedener Fluchtursachen (Krieg, Unterdrückung, Hunger, Dürre), die die politische Lage so destabilisiert hat, daß die Vereinten Nationen sich zum militärischen Eingreifen entschlossen.

2. *Naher Osten*: Der Kampf um die Wasserversorgung kann im Nahen Osten bedrohliche Formen annehmen und die Stabilität der Region untergraben. Bestes Beispiel ist der Konflikt zwischen der Türkei, Syrien und Irak um das Euphrat-Wasser infolge des türkischen Atatürk-Staudamms. Jordanien, Syrien und Israel streiten sich angesichts unzureichender Niederschläge um die Verteilung des Jordan-Wassers und sehen sich gezwungen, den Wasserverbrauch zu rationieren. Israel versucht seinen wachsenden Wasserverbrauch aus Wasseradern in der besetzten Westbank zu decken, wobei der Pro-Kopf-Verbrauch der jüdischen Siedler etwa viermal so hoch ist wie bei den Arabern, denen Brunnenbau und landwirtschaftliche Nutzung nahezu unmöglich gemacht werden (Homer-Dixon 1993).

6. Was kann getan werden?

Angesichts der immer komplexer werdenden Zusammenhänge, die für viele Menschen zur unverschuldeten Zerstörung natürlicher und gesellschaftlicher Lebensgrundlage führen, dürfen sich Gegenstrategien nicht auf Einzelaspekte beschränken, sondern müssen sich auf mindestens vier Ebenen erstrecken (vgl. Opitz 1993).

1. Bevor weitergehende Maßnahmen greifen können, muß alles getan werden, um die Millionen von Menschen zu schützen und zu betreuen, deren Flucht und Vertreibung nicht verhindert werden konnte. Zunächst muß das Recht auf Asyl verteidigt und ausgebaut werden. Das kann in bestimmten Fällen bedeuten, daß auch Elends-, Umwelt- und Kriegsflüchtlinge aufgenommen bzw. stärker unterstützt werden. Angesichts der wachsenden Not wäre eine Liberalisierung des Asylrechts eher angebracht als eine Verschärfung, ohne die Problematik des Asylmißbrauchs durch relativ wohlhabende Einwanderer zu ignorieren. Wichtig ist eine bessere finanzielle Unterstützung von Fluchtselbsthilfegruppen, der Flüchtlingsorganisationen der UNO und von Erstaufnahmeländern. Da Flüchtlinge ihre Heimat meist nicht freiwillig verlassen, sollten verstärkt Maßnahmen zur Wiedereinbürgerung und Reintegration rückkehrwilliger Flüchtlinge in ihre Heimatländer getroffen werden. Ist dies nicht möglich, müssen die Möglichkeiten zur dauerhaften Ansiedlung von Flüchtlingen in aufnahmebereiten Staaten verbessert werden.

2. Hauptbestandteil einer präventiven Migrations- und Flüchtlingsstrategie sollte die wirtschaftliche Sanierung der Krisenregionen in Süd und Ost sowie eine verbesserte Verwurzelung der Menschen in ihren angestammten Wohngebieten sein. Die Abwanderung der aktiven und am besten qualifizierten Arbeitskräfte verschärft die Probleme in den bedrohten Krisenregionen und sollte erschwert werden. Die Industrieländer sollten hinarbeiten auf eine Entschärfung der Schuldenkrise, auf den Abbau des Protektionismus im Handel mit der Dritten Welt, eine Verbesserung des Investitionsflusses und auf einen verstärkten Technologietransfer. Forderungen nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung dürfen nicht länger ignoriert werden.

3. Es sollten verstärkt internationale Anstrengungen zur Abrü-

stung und Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und Rüstungsexportkontrolle unternommen werden. Ein im Rahmen der UNO zu entwickelndes System kollektiver Sicherheit sollte eher auf die vorbeugende Verhinderung zwischenstaatlicher Konflikte zielen, statt bei Ausbrechen bewaffneter Auseinandersetzungen nachträglich militärisch einzugreifen.

4. Die Erhaltung der lebenswichtigen ökologischen Systeme erweist sich auch aus der Migrations- und Flüchtlingsperspektive als die zentrale Zukunftsaufgabe. Zu ihr gehört nicht nur die Reduzierung der Emission von Treibgasen, sondern auch und vor allem die Entwicklung einer Wachstumsstrategie, die im Sinne der Brundtland-Kommission in den Entwicklungs- und Industrieländern eine dauerhafte Entwicklung ansteuert.

Da die Staaten des Nordens in erheblichem Maße an der globalen Umweltzerstörung und der sozialen Verelendung des Südens beteiligt sind, dürfen sie ihre Verantwortung für die Milderung und Beseitigung des Elends nicht verleugnen. Einzelne Maßnahmen bleiben Stückwerk, solange der verschwenderische Umgang mit natürlichen Ressourcen, den die hochindustrialisierten Repräsentanten des westlichen Entwicklungsmodells praktizieren, nicht beendet wird. Die damit einhergehende Verelendung des Rests der Welt wird zu immer neuen Konflikten führen, in die hochtechnisierte Armeen vergeblich eingreifen werden. Die der Fluchtproblematik zugrunde liegenden globalen Probleme können nicht nachträglich durch Gewalt bewältigt werden, sondern nur vorbeugend durch Beseitigung der Ursachen. Ohne einen tiefgreifenden Kurswechsel werden die Probleme des Südens trotz aller Schutzvorkehrungen letztlich auf den Norden selbst zurückschlagen.

7. Literatur

- G. Bächler, V. Böge, S. Klötzli, S. Libiszewski, Umweltzerstörung: Krieg oder Kooperation?, Münster 1993.
- T. Bastian, Naturzerstörung: Die Quelle zukünftiger Konflikte, IPPNW, Heidesheim 1990.
- : Städte, Flüchtlinge und Mangel, IPPNW Wissenschaftliche Reihe, Band 3, 1992.
- Globale Trends. Daten zur Weltentwicklung, Düsseldorf: Stiftung, Entwicklung und Frieden, 1991.

- T.F. Homer-Dixon, J.H. Boutwell, G.W. Rathjens, Umwelt-Konflikte, „Spektrum der Wissenschaft“, April 1993, S.36–44.
- B. Meyer, C. Wellmann (Red.), Umweltzerstörung: Kriegsfolge und Kriegsursache, Frankfurt a.M. 1993.
- P.J. Opitz (Hrsg.), Das Weltflüchtlingsproblem. Ursachen und Folgen, München 1988.
- : Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, in: D.Nohlen, F.Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Bonn 1993, S.374–395.
- Pax Christi (Hrsg.), Kriegsflüchtlinge, Komzi Verlag, 1993.
- A. Spelten, Migration – eine Aufgabe für eine neue Weltordnung, „Sicherheit und Frieden“, 4/92, S.192–196.
- Die neue Völkerwanderung, „die tageszeitung“, World Media Sonderausgabe vom 8. Juni 1991.
- Weltflüchtlingsbericht. Ein Handbuch zu Fluchtursachen und Asyl, Bevölkerungsbewegungen und Entwicklungspolitik, Berlin 1991 (Loseblattsammlung).
- M. Wöhlcke, Umweltflüchtlinge – Ursachen und Folgen, München 1993.